

Der Staat gegen den Staat

Marokkos Praktiken der Migrationskontrolle gegenüber
westafrikanischen Migrant*innen in der Stadt Laayoune



لايونة
LAAYOUNE



In der westsaharischen Stadt Laayoune treffen westafrikanische Migrant*innen auf schikanierende Polizeipraxis, geleitet durch außenpolitische Interessen und Rassismus. Hamza Safouane führte dort im Herbst 2022 im Rahmen des Forschungsprojekts *Transnational Perspectives on Migration and Integration* (TRANSMIT) ausführliche Interviews mit senegalesischen Migrant*innen und Vertreter*innen migrantischer Selbstorganisationen, um zu erfahren, was dies für ihre Lebenssituation bedeutet und wie sie damit umgehen.
 Von Dr. Hamza Safouane



Hamza Safouane ist Migrationsforscher mit Verbindung zum Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der internationalen Migration innerhalb und aus dem Nahen Osten, Nord- und Westafrika.

Laayoune ist mit etwas mehr als 210.000 Einwohner*innen die größte Stadt der Westsahara. Die Stadt liegt an der Küste gegenüber den spanischen Kanarischen Inseln und ist bekannt als Ausgangspunkt für Migrant*innen, die sich auf den Weg zum spanischen Archipel machen wollen. Viele von ihnen haben sich in Skikima niedergelassen, einem armen Viertel unweit der Hauptverkehrsstraße der Stadt, in dem auch mehrere Migrant*innen-Vereine ihren Sitz haben.

Während Migrant*innen zum Beispiel aus Senegal, Elfenbeinküste oder Guinea in nördlicheren Städten Marokkos zu einem festen Bestandteil des Stadtbildes geworden sind und eine wichtige Rolle für die Wirtschaft spielen, fällt in Laayoune und der benachbarten Stadt El Marsa sofort auf, dass generell keine westafrikanischen Migrant*innen auf den Straßen zu sehen sind. Weder flanieren sie durch die Straßen, noch plaudern sie auf den Plätzen oder sitzen in einem der zahllosen Cafés, die die Hauptalleen von Laayoune säumen.

Der Grund hierfür: Sobald sich Menschen versammeln, die den Anschein erwecken, aus Ländern südlich der Sahara zu stammen – was in Marokko oft bedeutet,

dass sie dunkelhäutig sind –, können sie von der Polizei kontrolliert und vertrieben werden. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie sich auf den Straßen nur zeigen, wenn sie ein bestimmtes Ziel haben. Ihre Wege dienen der Arbeit, dem Handel, der Schule, der Gesundheit, der Verwaltung oder dem Einkaufen; sie gehen nur aus, wenn sie es müssen. Für sie herrscht ein allgemeines Klima der Angst.

Praxis der Polizei: Razzien und Verschleppungen

Obwohl sich die Migrant*innen weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben, führt die Polizei weiter regelmäßige Razzien an Arbeitsplätzen oder sogar in Wohnungen durch. Die Polizei nimmt dabei auf Anweisung des Präfekten oder Unterpräfekten Schwarze Menschen fest, oft ohne ihre Identität zu überprüfen oder ihre Aufenthaltspapiere zu kontrollieren, und bringt sie in das städtische Haftzentrum. In diesem Zentrum bleiben sie meist einige Stunden bis zu mehreren Tagen, oft unter unwürdigen Bedingungen. Danach werden sie in Städte gebracht, die zwischen 700 und 1.200 Kilometer von Laayoune entfernt sind.

Sobald sie dorthin „umgesiedelt“ wurden, versuchen die meisten, sofort zurückzukehren. In der Regel müssen sie dafür auf einheimische Schleuser*innen zurückgreifen, weil diese helfen, die Straßensperren der Polizei an den marokkanischen Straßen zu umgehen, die sich oft am Eingang und am Ausgang der Städte befinden. Sie nehmen Straßen, die weniger befahren sind und daher weniger wahrscheinlich kontrolliert werden.

Wenn Migrant*innen nach Ouarzazate geschickt werden, fast 1.000 Kilometer nordöstlich von Laayoune, bringen Schleuser*innen sie in der Regel zunächst für 30 Euro nach Agadir an die Küste. Von dort müssen sie andere Schleuser*innen finden, die noch höhere Preise verlangen können. Die Höhe hängt nicht nur von der zurückzulegenden Strecke ab, sondern auch von der Polizeipräsenz auf den Straßen. Je näher man sich den südlichen Provinzen nähert, insbesondere der Westsahara, desto stärker ist die Überwachung. In Agadir angekommen, geht es weiter für etwa 50 Euro bis Tan Tan, einer Wüstenstadt an der Küste, mehr als 300 Kilometer weiter südlich. Von Tan Tan nach Laayoune schwankt der Preis zwischen 30 und 50 Euro. Schließlich werden die Migrant*innen dann nie in Laayoune selbst abgesetzt, sondern etwa fünf Kilometer nördlich der Stadt, um Kontrollpunkte zu umgehen.

Diese Praxis des „Refolement“, wie Migrant*innen selbst die Verschleppung aus den südlichen Städten nennen, ist eine Folge der fast hermetischen Schließung der nördlichen Routen nach Europa über das Mittelmeer. Das treibt viele Westafrikaner*innen, die ihren Weg nach Europa fortsetzen wollen, in den Süden, insbesondere nach Laayoune, weil es gegenüber den Kanarischen Inseln liegt, aber auch in andere Städte. Doch auch hier sollen sich die Menschen dem Wunsch der EU nach nicht auf den Weg nach Europa machen. Und Marokko ist ein wichtiger Partner bei der Eindämmung der Migration nach Europa über die westliche Mittelmeerroute und den Atlantik. Die Polizei ist daher viel wachsamer, auch nervöser, als im Rest des Landes, wo die Beziehungen zu den Migrant*innen deutlich friedlicher sind. Hinzu kommt, dass Marokkos Souveränität über die Westsahara von Unabhängigkeitsgruppen bestritten wird und international nicht anerkannt ist. Die Region

ist daher stark überwacht und militarisiert, was die Strenge der Strafverfolgung noch erheblich verschärft.

Selbstorganisation und Solidarität

Eine Antwort der Migrant*innen in Laayoune auf die häufigen Razzien und Verhaftungen ist die Selbstorganisation: Ein System der finanziellen Solidarität dient dazu, im Falle von Razzien und Verschleppungen kurzfristige Kredite zu erhalten, um nach Laayoune zurückkehren zu können. Die Betroffenen melden sich telefonisch, und die Kredite werden sehr schnell gewährt. Darüber hinaus haben die Migrant*innen in Laayoune ein Warnsystem aufgebaut, mit dem sie sich gegenseitig vor der Anwesenheit von Polizeikräften in bestimmten Straßen oder Vierteln warnen. Repräsentant*innen lokaler Vereinigungen, die der Polizei oft bekannt sind und als Vermittler*innen zwischen ihr und den westafrikanischen Gemeinschaften fungieren, werden im Allgemeinen von der Polizei verschont. Das Telefon von Mamady, dem Leiter der Zweigstelle *Association*

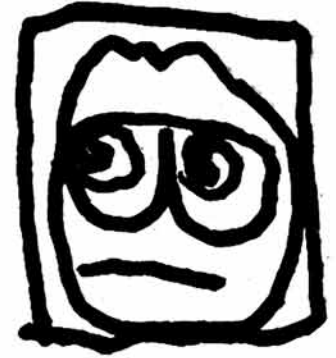
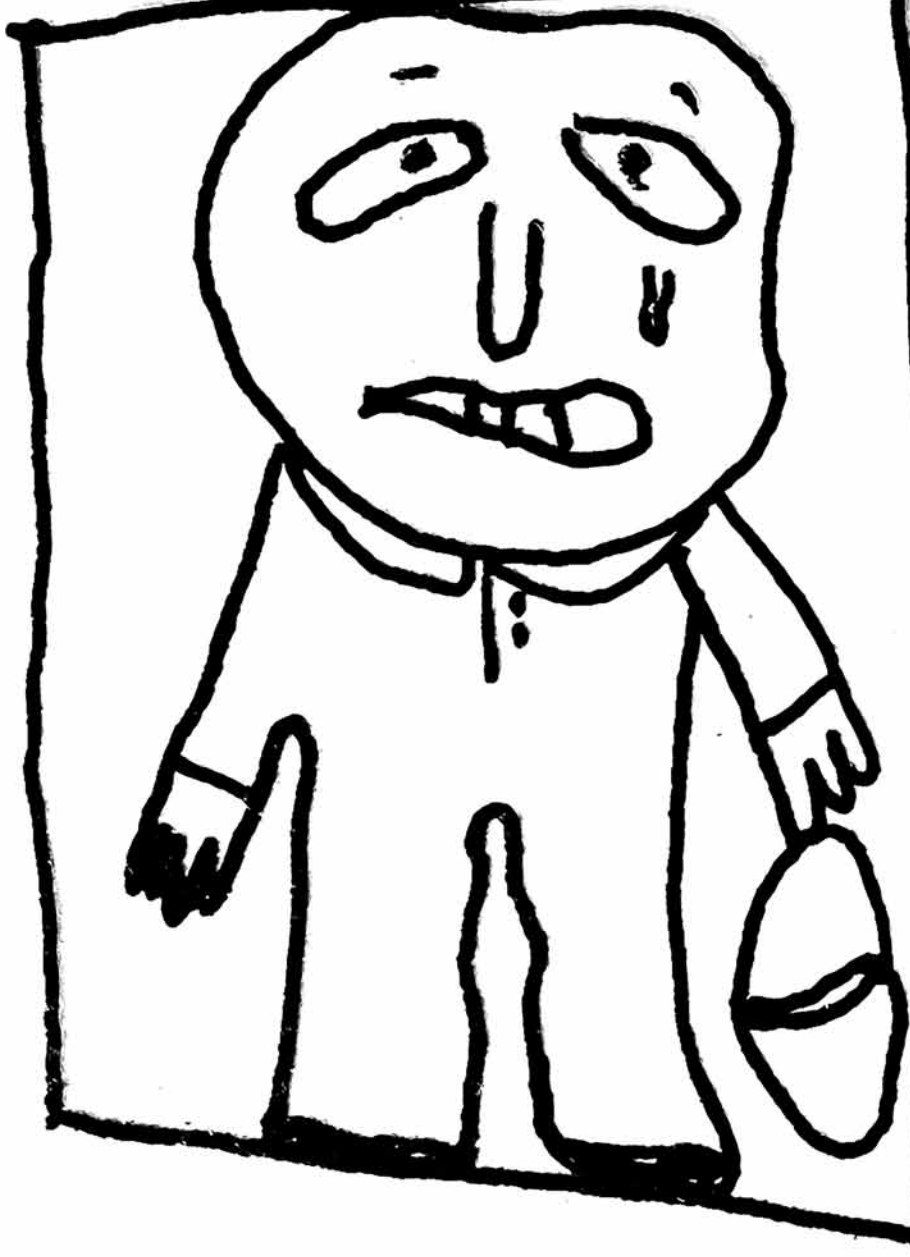
Marokko ist ein wichtiger Partner bei der Eindämmung der Migration nach Europa

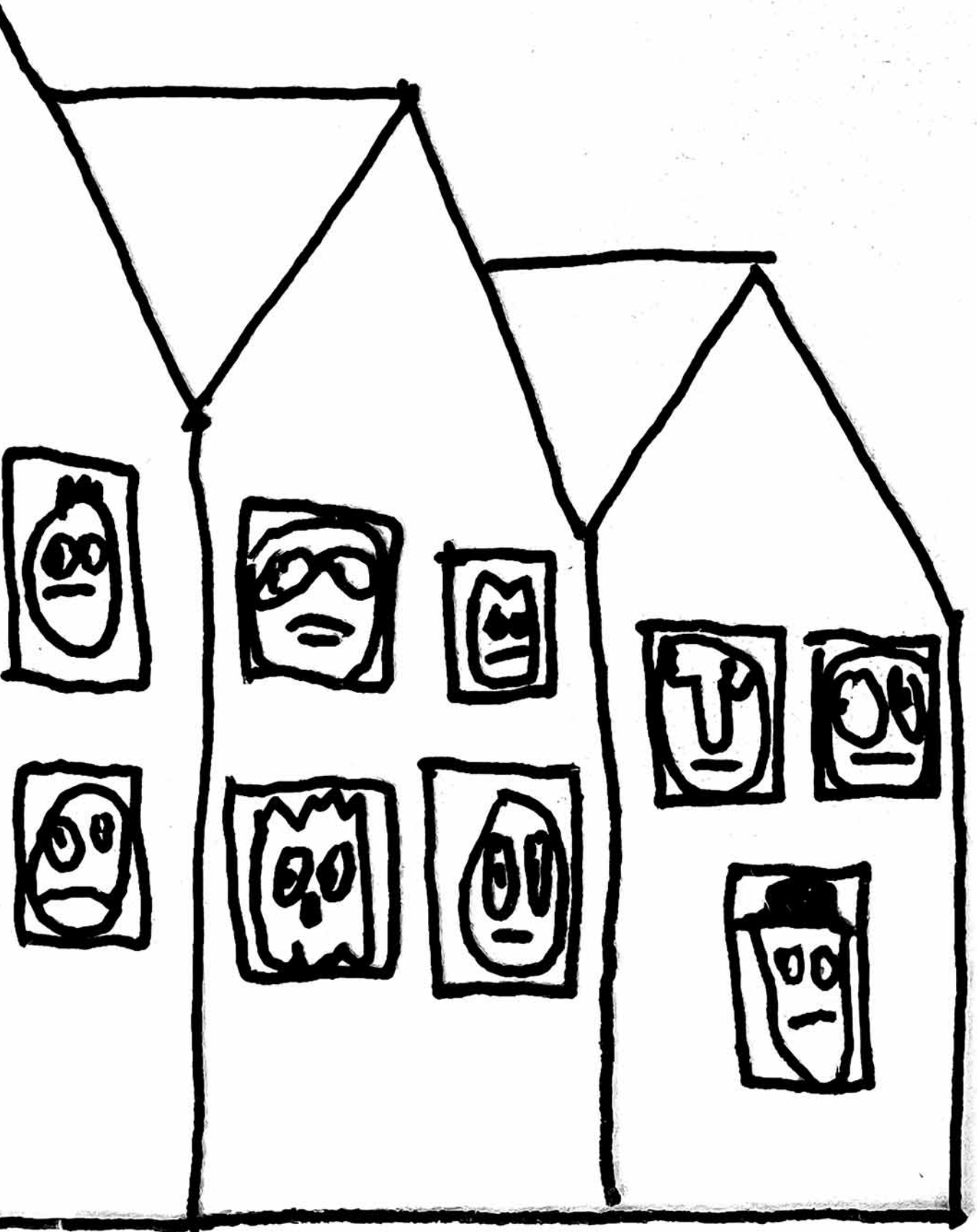
of Immigrants in the Southern Provinces (ADIPROS) in El Marsa, klingelt tagsüber mehrmals pro Stunde mit ähnlichen Anfragen: „Ist die Straße frei?“, „Kann ich einkaufen gehen?“, „Kann ich hierhin oder dorthin gehen?“ Laut Mamady wollen die Anrufenden gar nicht unbedingt wissen, ob eine Straße frei ist. Schließlich könnte er das nur wissen, wenn er sich zufällig genau dort befände, wo die Person wohnt. Der Anruf ist auch eine Möglichkeit, Mamady als Vertreter von ADIPROS vorzuwarnen, dass die Person im Begriff ist, auf die Straße zu gehen. So kann er im Zweifelsfall schnell reagieren.

Widersprüchliche Logik und Praktiken entgegen Aufenthalts- und Menschenrechten

Die Maßnahmen, die Marokko gegenüber westafrikanischen Migrant*innen verfolgt, widersprechen sich gegenseitig in ihrer zugrundeliegenden Logik. Einerseits sind die Verfahren zur Erlangung und Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen schwierig, und eine große

ICH WOLLTE
EIGENTLICH NUR
EINKAUFEN GEHEN





Zahl von Migrant*innen befindet sich in einer irregulären Situation.

Andererseits können sie weder in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben werden, noch in die EU durchgelassen werden, um die Beziehungen zur *Afrikanischen Union* und zur EU nicht zu gefährden. Unter der Annahme, dass westafrikanische Migrant*innen in Laayoune zwangsläufig planen, über die Kanarischen Inseln nach Spanien weiterzuwandern, werden sie also von der Polizei schikaniert mit Razzien, Verhaftungen und Verschleppungen in andere Landesteile. Gleichzeitig schaffen die regelmäßigen Razzien in Verbindung mit der wirtschaftlichen und rechtlichen Unsicherheit für viele überhaupt erst einen starken Anreiz, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Dabei folgen die Praktiken zur Bekämpfung der Migration einer grundlegend rassistischen Motivation und stellen in dieser Hinsicht oftmals eine Verletzung des marokkanischen Rechts und der Menschenrechte dar. Die Razzien in Wohnungen oder am Arbeitsplatz basieren allein auf der Hautfarbe. Die Dauer des Aufenthalts der festgenommenen Person, ihr Aufenthaltsstatus und ihre körperliche Situation werden nicht berücksichtigt. Ein Senegalese in Laayoune beschreibt den Umgang mit einer Frau, als er selbst festgenommen wurde: „Sie haben auch eine Frau mitgenommen, die zwei Tage zuvor entbunden hatte. Sie musste die Schlüssel und das Baby zu Hause lassen und wurde in das Zentrum gebracht.“ Ein anderer fügt hinzu: „Die Migranten befinden sich nicht im Meer oder bereiten sich auf die Ausreise vor. Es sind Menschen, die in ihren Häusern leben und schlafen. Aber die Polizei kommt, bricht die Tür mit Hämmern auf, nimmt die Leute mit und vertreibt sie.“ Teilweise stehen die Verhaftungen auch in direktem Widerspruch zum marokkanischen Aufenthaltsgesetz: Senegales*innen dürfen sich beispielsweise drei Monate ohne Visum und Aufenthaltsgenehmigung in

Marokko aufhalten. Ein einfacher Stempel im Reisepass oder eine vom Konsulat ausgestellte Karte reichen aus, um den Rechtsstatus nachzuweisen. Dennoch sind auch viele Senegales*innen von den Verhaftungen und Verschleppungen betroffen, obwohl sie sich noch im Rahmen der Dreimonatsfrist in Marokko aufhalten. Ein senegalesischer Bewohner von Laayoune fasst dies treffend zusammen: „Es ist der Staat gegen den Staat.“

Laayoune als Beispiel für die Ambivalenz der marokkanischen Migrationskontrollpolitik

Die Situation in Laayoune bietet eine einzigartige Perspektive auf die komplexen und vielschichtigen Herausforderungen, denen senegalesische Migrant*innen in den südlichen Provinzen Marokkos gegenüberstehen. Die Praxis der willkürlichen Razzien und Verhaftungen spiegelt die Widersprüche und Ambivalenzen der marokkanischen Migrationskontrollpolitik wider. Obwohl Marokko ein wesentlicher Bestandteil des Migrationssteuerungssystems der *Europäischen Union* ist, kann es einen erheblichen Unterschied zwischen den allgemeinen politischen Vorgaben zur Eindämmung von Migration und ihrer Umsetzung vor Ort geben. Die Praktiken der Migrationskontrolle in Laayoune bleiben Ad-hoc-Maßnahmen, die keiner schriftlichen Verordnung oder einem Gesetz entsprechen. Auch wenn sie von den örtlichen Strafverfolgungsbehörden durchgeführt werden, sind sie informeller Art und können daher in direktem Widerspruch zu gesetzlichen Bestimmungen stehen. Politische Entscheidungsträger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und internationale Akteur*innen müssen sich unbedingt aktiv mit diesen Widersprüchen auseinandersetzen, um die Grundsätze der Würde, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte in allen Aspekten der Migrationssteuerung zu wahren. ♦